

Landkreis Vorpommern-Rügen

1. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Jürgen Suhr, Roland Zabel, Niklas Rickmann, Cluadia Müller, Detlef Lindner, Wolfgang Fröhling, Maximilian Schwarz, Kathrin Köhn, Sonja Steffen, Christiane Wichert-Fleischer, Dr. Heike Carstensen, Uwe Tiemann, Michael Philippen, Thomas Schulz, Wolfgang Meyer, Dr. Marianne Linke, Bernd Buxbaum, Sonja Rothmüller, Michael Adomeit

Vorlagen Nr.:

A/1/0034

Status: öffentlich

| Gremium | Zuständigkeit | Sitzungstermin |
|---------------------------|---------------|----------------|
| Kreistag Vorpommern-Rügen | Entscheidung | 18.06.2012 |

Verhandlungen zur Übernahme der Stralsunder Verkehrsbetriebe

Beschlussvorschlag::

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Kreistag fordert den Landrat dazu auf, die Verhandlungen zur Übernahme der Stralsunder Nahverkehrsbetriebe wieder unverzüglich in einer konstruktiven Form aufzunehmen mit dem Ziel, das von den Bürgerinnen und Bürgern hervorragende angenommene ÖPNV-Angebot in Stralsund auf dem derzeitigen Niveau auch weiterhin zu erhalten. Die offensichtlich bestehenden unterschiedlichen Rechtsauffassungen in Bezug auf die Frage, ob mit der Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV auch eine Pflicht des Landkreises zur Übernahme der in 2012 zu erwartenden Verluste der Stralsunder Nahverkehrsgesellschaft verbunden ist, sollen unter Einbeziehung des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern als Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich geklärt werden. Lange Rechtsstreitigkeiten sind zu vermeiden.

Begründung:

Durch die Kreisgebietsreform ist die Aufgabe des öffentlichen Personennahverkehrs auf den Kreis übergegangen. Er ist verantwortlich für die Aufrechterhaltung eines regional und kommunal adäquaten Angebotes. Hierbei ist auch auf die besonderen Anforderungen im städtischen Raum Rücksicht zu nehmen. Derzeit bestehen bei Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere aber bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stralsunder Nahverkehrs insbesondere vor dem Hintergrunde der unterschiedlichen Rechtsauffassungen erhebliche Verunsicherungen. Auch Aussagen seitens der Kreisverwaltung die eine Reduzierung des Angebotes erwarten lassen, verursachen Verunsicherungen und Unmut. Der gesonderten Stellung des regionalen Oberzentrums muss in den Verhandlungen Rechnung getragen werden.

